

antifa-rundbrief

Informationen der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes –
VVN – Bund der Antifaschisten LV Schleswig-Holstein e.V.

Nr. 55

Januar 2007



Unbeirrbar weiter gegen Krieg und Faschismus

Es fällt schwer, vom neuen Jahr anderes zu erwarten als mühevoller Kleinarbeit, um die Bündnisse im Widerstand gegen Sozialabbau, gegen Krieg und Faschismus zu festigen und zu verstärken. Die soziale Situation in einem der reichsten Länder der Erde verschärft sich zusehends. Armut und Reichtum klaffen weiter auseinander. Neofaschisten versuchen wie eh und je aus Arbeitslosigkeit und der Not von Millionen Menschen für sich Kapital zu schlagen. Sie jubelten angesichts von Wahlerfolgen der NPD in Ländern und Kommunen und bauten neue Hochburgen auf. Ein düsteres Bild zeichnete zum Beispiel der Journalist Thoralf Staud in einer Publikation der Bundeszentrale für politische Bildung, in dem er schrieb: „Gefährlich ist die NPD, weil sie an der Faschisierung der ostdeutschen Provinz arbeitet. Mancherorts in den neuen

Ländern gelten Freiheiten und Grundrechte heute nur noch eingeschränkt“ Aber längst wissen wir, dass solche Faschisierungsbestrebungen nicht auf Sachsen oder Mecklenburg/Vorpommern beschränkt sind. Auch bei uns in Schleswig-Holstein verstärken NPD und die neofaschistischen „Kameradschaften“ ihre Aktivitäten und erweitern ihren Radius. Toleriert von den staatlichen Stellen, ausgestattet mit immer mehr Wahlkampfgeldern, gedeckt und freigesprochen von der Justiz, verbreiten sie ihre faschistischen Parolen und organisieren sie Märsche in Stadt und Land.

Das war die Bilanz des Jahres 2006, sie setzt sich im Jahr 2007 fort. Es wird immer notwendiger, antifaschistische Gegenwehr zu verstärken. Diesem Ziel dient die von der VVN-BdA initiierte Kampagne für ein Verbot der

NPD.

Zur selben Zeit nimmt die Zahl der Kriegsschauplätze zu und damit auch die Verstrickung der Bundesrepublik Deutschland in die internationalen Konflikte. Immer mehr Auslandseinsätze der Bundeswehr erhöhen die Gefahren für unser Land und verschlingen immer mehr Geld. „Spart endlich bei der Rüstung“, ermahnte zu Recht der Friedensratschlag in Kassel.

Unsere alten Kameradinnen und Kameraden, die Konzentrationslager überlebten, haben uns mit ihrem langen Atem Beispiele gegeben. Aus ihrer Arbeit schöpfen wir Kraft und Optimismus, den wir heute und in der Zukunft brauchen.

*Allen Kameradinnen und Kameraden
ein gesundes neues Jahr
VVN-BdA Landesvorstand Schleswig-
Holstein*

Kommentar

Bedenkliche Rechtsentwicklung in Deutschland

„Denk ich an Deutschland in der Nacht, bin ich um den Schlaf gebracht“, so Heinrich Heine, und dabei hat er bestimmt nicht voraus ahnen können, was sich in unserem Lande im Laufe des 20. und 21. Jahrhunderts abspielen würde. Man fragt sich oft, ob wir aus den grauenhaften Verbrechen, die im Zweiten Weltkrieg verübt wurden gelernt haben und zum Besseren bekehrt wurden. Wurden daraus Konsequenzen für alle Zeiten gezogen? Nein!

Alte Nazis, denen die großen Betriebe gehörten, kamen wieder in Amt und Würden, Blutrichter des Volksgereichtshofes sprachen wieder „Recht“, alte Wehrmachtsgenerale bauten die Bundeswehr auf. Menschen, die sich für Frieden einsetzten, wurden verfolgt und, sofern sie Kommunisten waren, wurden ihnen die Entschädigungen aberkannt, und sie mussten die erhaltenen Gelder zurückzahlen.

In den vergangenen Jahren feierte die schon von Kohl propagierte geistig-moralische Rechtswende fröhliche Urständ. In der ehemaligen DDR wurden Betriebe platt gemacht, Ausländerhass und Rassismus sowie Morde an Ausländern und „anders“ aussehenden Deutschen waren in beiden Teilen Deutschlands an der Tagesordnung. Denken wir nur an Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Naziterror in der Sächsischen Schweiz sowie die grauenhaften Morde an türkischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern in Mölln und Solingen sowie die Brandanschläge auf die Synagoge in Lübeck und auf das Ausländerheim in der Hansestadt.

Angesichts von sechs Millionen Arbeitslosen fanden neofaschistische Parteien wie DVU, REP, NPD regen Zuspruch. Wer aufmerksam Zeitungsberichte in den letzten Wochen verfolgt hat, gewinnt immer mehr den Eindruck, dass wir in die finsterste Adenauerzeit zurückgehen. Da wird darüber diskutiert, die Bundeswehr im Innern einzusetzen. Die Herrschenden der Großen Koalitionen in Bund und Ländern befürchten soziale Unruhen und wollen dann getreu des SPD-Genossen Noske aus der Weimarer Republik die Armee gegen Streikende und Demonstranten einsetzen – nur nennt man das jetzt Terrorismus-Bekämpfung. Der Etat für die Bundeswehr soll erhöht werden, da Geld für weitere

Auslandseinsätze benötigt wird; wir müssen schließlich unsere wirtschaftlichen Interessen weltweit sichern – Kanonenbootpolitik unseligen Angedenkens. Um das zu finanzieren stehen neue Sozialkürzungen ins Haus, denn irgendwo muß das Geld ja herkommen.

Immer stärker schreitet in politischen Diskussionen sowie Veröffentlichungen die Gleichschaltung von DDR und Naziregime voran, wobei dieses besonders in den KZ-Gedenkstätten zu beobachten ist, das Thema „Vertreibung“ nimmt breiten Raum ein. Bei Demonstrationen von Neonazis werden Antifaschisten von der Polizei verfolgt und zum Teil zusammengeprügelt – kurz die Liste dieser Entwicklungen ließe sich endlos verlängern.

Neuester Skandal: Antifaschistisches Engagement zeigte sich gerade bei jungen Leuten immer wieder durch das Tragen von T-Shirts und Buttons mit durchgestrichenen, zertretenen oder mit der Faust zerschlagenen Hakenkreuzen, häufig noch mit dem Zusatz „gegen Nazis“. Jetzt haben findige Richter und Staatsanwälte in Baden-Württemberg ein neues Betätigungsfeld entdeckt. Wer mit einem derartig eindeutig antifaschistischen Symbol in Baden-Württemberg herumläuft, wird vor den Kadi zitiert und riskiert eine saftige Geldstrafe, so die kleine Firma „Nix gut“, ein Punk-Versand, der diese Artikel verkauft. Die Richter verstecken sich dahinter, dass es sich hier um das Zeigen verfassungsfeindlicher und faschistischer Symbole handelt. Dabei sieht doch wohl der berühmte Blinde mit dem Krückstock, dass damit das Gegenteil gemeint ist. Aber diese ganze widerliche Geschichte ist gegenwärtige Politik. Von dieser Verfolgungswut sind besonders junge Menschen bis 30 Jahren betroffen. Ältere kommen für diese Verfolgung nicht in Betracht – diese sind offenbar überhaupt nicht mehr zu „bekehren“. Aber Jugendlichen soll jegliches antifaschistisches Engagement ausgetrieben werden. Sind sie es doch, die durch ihre Aktivitäten den antifaschistischen Gedanken weiter tragen sollen und wollen. In diesem Fall ist juristisch das letzte Wort noch nicht gesprochen, wenn auch zunächst einmal ein Urteil ergangen ist – E 3.600,00 für den Inha-

ber des „Nix Gut“.

Das jetzt in Stuttgart gefällte Urteil gegen „Nix gut“ ist ein politischer und juristischer Skandal. Da ziehen in Mecklenburg-Vorpommern die Nazis ins Landesparlament ein, und dann so eine Justizposse wie in Stuttgart. Da wird immer wieder nach dem „Aufstand der Anständigen“ geschrien bzw. das Engagement der Mitbürgerinnen und Mitbürger gefordert; aber wehe, Du stehst auf der „falschen“ Seite. Da passt das Heine-Zitat geradezu wie die Faust aufs Auge.

Horst Metzger

Einige Veranstaltungen am 27. Januar 2007

Die zentrale Gedenkveranstaltung findet erstmalig in **Rendsburg** statt. Die ehemalige Synagoge bietet sich an als einer der wenigen erhaltenen authentischen Orte jüdischen Lebens vor 1945. Seit 1988 befindet sich hier das Jüdische Museum Rendsburg und das Dr. Bamberger Haus. (jüd. Museum Tel. 04331-25262)

Wedel: Die VVN-BdA Wedel und der Arbeitskreis der Stadt Wedel haben Vertreter der niederländischen Stadt Putten zu einer Veranstaltung in den Räumen der Evangelischen Kirche eingeladen. Putten wurde am 2.10.1944 von der faschistischen Wehrmacht verwüstet und 600 männlichen Bewohner nach Deutschland deportiert. Zehn von ihnen kamen hier in Wedel ums Leben.

Ahrensböök: Schülerinnen und Schüler der Schulen von Ahrensböök und Umgebung gehen am Montag den 29. Januar von 8 bis 13 Uhr zu Vorträgen und Gesprächen in die Gedenkstätte. Weitere Besucher sind willkommen.

Lübeck: Kranzniederlegung an der Gedenktafel am Zeughaus. (Tel. 0451-1221020)

Kaltenkirchen : Um 14 Uhr findet im Bürgerhaus eine öffentliche Veranstaltung des Trägervereins KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen in Springhirsch statt. Referent: Prof. Pfüller von der politischen Memoriale Mecklenburg-Vorpommern.

Aufruf an alle: Kommt zur Auftaktveranstaltung
„NPD-Verbot jetzt“
Donnerstag 25. Januar 2007 um 19 Uhr
Im Gewerkschaftshaus Kiel, Restaurant Legienhof

Die Umtriebe der Neonazis haben in Schleswig-Holstein wie auch im Bundesgebiet stark zugenommen und eine neue Qualität erreicht.

Sie marschieren auf den Straßen, werben an Schulen und bedrohen demokratisch gesinnte Menschen.

Das Agieren von NPD, DVU sowie der Kameradschaften kann nicht als Randerscheinung verharmlost werden. Rund 26400 politisch motivierte Straftaten wurden laut Bundesinnenministerium 2005 in Deutschland registriert, das ist fast ein Viertel mehr als ein Jahr zuvor. Die Zahl der Gewalttaten nahm im Vergleich sogar um 36% zu. Eine aktuelle Auflistung der Opfer rechter

Gewalt von 1990 bis heute beweist die Notwendigkeit der juristischen wie politischen Maßnahmen: ob im Kreis Dithmarschen, wo Heide im Zentrum neofaschistischer Aktivitäten stand, in Lübeck, wo die Verflechtung zwischen NPD und den neofaschistischen Kameradschaften deutlich zu Tage trat, die ständige Provokation des Club 88 in Neumünster oder in Neustadt, wo Nazis den jüdischen Friedhof schändeten – die im Verfassungsschutzbericht aufgeführten Taten sind nur die Spitze des Eisberges, der aufzeigt, dass die NPD nicht zur demokratischen Vielfalt gehört, sondern eine Gefahr für die Demokratie darstellt.

Die bundesweite Kampagne der VVN-BdA, die in Schleswig-Holstein mit dem Runden Tisch gegen Rassismus und Faschismus Kiel sowie Gewerkschaftern organisiert wird, fordert, dem Grundgesetz endlich Geltung zu verschaffen und die neofaschistischen Parteien und Gruppierungen zu verbieten und aufzulösen.

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen.

Nazis und mit ihnen Sympathisierende haben zu unserer Veranstaltung keinen Zutritt, denn

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.

Liebe Kameradinnen und Kameraden,

unser Bundesgeschäftsführer hat sich mit einer Bitte an die Landesvereinigungen und Mitglieder gewandt, um einen

Fonds für die Kampagne „NPD-Verbot jetzt!“

zu gründen. Er schreibt:

„Liebe Kameradinnen, liebe Kameraden,

im Auftrag des Bundessprecherkreises der VVN-BdA wende ich mich an Euch mit der Bitte um finanzielle Unterstützung für unsere Kampagne gegen die NPD.

Seit vielen Monaten arbeitet unsere Vereinigung an der Kampagne zum Verbot und zur Auflösung der NPD. Die Wahlerfolge der NPD in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern und die erkennbare Gewaltbereitschaft dieser Partei bestätigen die Richtigkeit unseres Vorhabens. Die laufenden Diskussionen in Parteien, Gewerkschaften und Kirchen erleichtern und begünstigen es.

Wir sind mit der Vorbereitung (u.a. der Erstellung umfangreicher Öffentlichkeits-

materialien) bereits weit gekommen, so dass wir sie planmäßig zum 27. Januar 2007 beginnen können.

Die Kampagne stellt für uns alle eine besondere politische, organisatorische und finanzielle Herausforderung dar. Es ist unser erstes derartiges Vorhaben als vereinigter bundesweiter Verband. Sie bringt uns in die Lage, nicht nur zu reagieren, sondern zu agieren. Wir werden als geschlossener und aktiver politischer Verband wahrgenommen.

Der größte Teil der Materialien wird von der Bundesvereinigung den Gliederungen kostenfrei zur Verfügung gestellt. Wir werden diesen Kraftakt soweit möglich durch Einwerben von Sponsorengeldern und Spenden schaffen.

Es würde uns aber helfen, wenn Eure Landesvereinigung die gemeinsame Sache durch einen finanziellen Beitrag unterstützen würde. Beispielsweise können wir mit

100 Euro 5.000 Flugschriften,
 250 Euro 25.000 Aufkleber
 500 Euro 4.000 Plakate
 erstellen und an unsere Gliederungen und Unterstützer verteilen.

Mit antifaschistischen Grüßen
 Thomas Willms,
 Bundesgeschäftsführer

12. Antifaschistisches Jugendtreffen der VVN-BdA

Samstag 13. 01.2007 ab 14 Uhr
Statthaus Böcklerpark, Prinzenstr. 1, Berlin-Kreuzberg
Eintritt 5.00 Euro (inkl. Konzert)

14 Uhr	Eröffnung
15 Uhr	Arbeitsgruppen Rund um das Thema „Der Utopie dicht aus den Fersen – Antifaschismus ist mehr als eine Gegenbewegung“
17 Uhr	Podiumsdiskussion „Strategien gegen Rechts – Zukunftsentwurf Antifaschismus“
20 Uhr	Konzert Cut my skin (Punk/Hardcore) Berlin 44 Leningrad (Ska)Potsdam

erinnern um zu lernen gedenken um zu verändern

Oktober/November 2006 in Flensburg

Oneg Schabbat

Das Untergrundarchiv des Warschauer Ghettos – RingelblumArchiv

Vom 9. Okt. bis 3. Nov. 2006 wurde zuerst in der Zentralen Hochschulbibliothek in Flensburg und anschließend vom 6. bis 25. Nov. in der Nikolaikirche, die Ausstellung „Oneg Schabbat – Das Untergrundarchiv des Warschauer Ghettos“ gezeigt.

Dem Trägerkreis, der die Novemberreihe unter dem Motto „erinnern um zu lernen – gedenken um zu verändern“ durchführt, war es gelungen mit der Ausstellung und dem entsprechenden Begleitprogramm ein kulturelles Ereignis von Rang zu präsentieren. Bereits mit den bisherigen Veranstaltungen zu den Themen „60 Jahre Reichspogromnacht“ (1998), „Frauen in Konzentrationslagern“ (2000), „Kinder im KZ Theresienstadt“ (2002) und „Der nationalsozialistische Völkermord an den Sinti und Roma“ (2004) hat sich der Trägerkreis in Flensburg und darüber hinaus einen Namen gemacht.

Zum Trägerkreis gehören das Evangelisches Frauenwerk Kirchenkreis Flensburg, Evangelisches Jugendwerk Kirchenkreis Flensburg und die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes Bund der Antifaschisten Flensburg.

Weiter zählten zu den Veranstaltern im Jahr 2006 die Zentrale Hochschulbibliothek Flensburg, Kirchengemeinde St. Nikolai, Kulturbüro Stadt Flensburg, DGB Region Schleswig-Holstein Nord, IG Metall Flensburg, Kirchenkreise Flensburg, Schleswig u. Angeln, AStA und GEWStudigruppe der Uni Flensburg, sowie die Ev. Frauenwerke Flensburg-Schleswig-Angeln.

Das Untergrundarchiv des Warschauer Ghettos, bekannt geworden als Ringelblum-Archiv, das sich in Warschau befindet, gilt unter Historikern als die wichtigste Sammlung von Archivalien zur Geschichte der Vernichtung des polnischen Judentums. Für die Einmaligkeit dieses Bestandes lassen sich zumindest drei Gründe nennen:

Erstens handelte es sich beim Warschauer Ghetto um das größte Ghetto, das die deutschen Nationalsozialisten zur Vorbereitung der von ihnen geplanten „Endlösung der Judenfrage“ errichteten, und im Fall der Warschauer Gemeinde um die größte städtische Konzentration des später von ihnen in Europa ermordeten jüdischen Volkes. In-

samt etwa eine halbe Million Menschen wurden hier und von hier in den Tod geschickt: Diejenigen, die im Ghetto nicht dem Hunger oder Epidemien zum Opfer fielen, wurden – und das war die Mehrzahl – in die Gaskammern des Vernichtungslagers nach Treblinka deportiert oder verbrannten später lebendigen Leibes im Ghetto, als dieses während des Aufstands im April/Mai 1943 planmäßig angezündet wurde, wenn sie nicht bereits vorher im Verlauf der Kämpfe an Ort und Stelle erschossen worden waren.

Zweitens finden in diesen Zeugnissen nicht nur Leben und Sterben in jener grauenvollen Zeit ihren Niederschlag, sondern im Grunde genommen auch sämtliche Elemente der condition humaine in den aufeinander folgenden Phasen des nationalsozialistischen Plans zur Ermordung der europäischen Juden.

Drittens schließlich besteht die Einmaligkeit dieser großen Sammlung in einer modernen und höchst differenzierten Methode, nach der die Gruppe um Emanuel Ringelblum ihre Quellen zusammentrug. Die Sammelarbeit umfaßte alle Bestandteile des jüdischen Lebens und erstaunlich viele Quellenarten. Keine sterbende jüdische Gemeinschaft hat gleichermaßen bewegende Spuren hinterlassen - weder in den Jahren der planmäßigen Vernichtung der europäischen Judenheit noch jemals zuvor.

Zur Geschichte dieser Sammlung gehört aber auch eine Reihe dramatischer Schicksale: das Schicksal der Gruppe um Ringelblum, deren Mitglieder - er selbst und seine Familie nicht ausgenommen - noch im Ghetto bzw. in aufgespürten Verstecken außerhalb der Ghettomauern von Deutschen ermordet wurden. Zum anderen das Schicksal des Archivs, das von Mitgliedern der Gruppe kurz vor der Vernichtung des Warschauer Ghettos an verschiedenen Stellen vergraben und nach Kriegsende in der Ruinenwüste, die einmal das jüdische Viertel gewesen war, wieder aufgefunden wurde. Zur Entdeckung führten Hinweise des einzigen Mitglieds der engeren Führungsgruppe, das überlebt hatte. So grub man 1946 den ersten Teil des Archivs aus, 1950 stieß man bei Erdarbeiten zufällig auf den zweiten. Das dritte und

letzte Versteck, in dem ein verhältnismäßig kleiner Teil der Dokumente vergraben worden war, wurde nie gefunden.

Es ist an der Zeit, daß diese ungewöhnliche Sammlung in weiteren Kreisen bekannt wird. Eine wichtige Geste ging bereits von der UNESCO aus, die das Ringelblum-Archiv in ihr Programm zum Erhalt des dokumentarischen Erbes »Memory of the World« aufnahm. Ein weiterer Schritt auf diesem Weg ist die in Flensburg gezeigte Ausstellung.

Eröffnet wurde die Ausstellung von Dr. Bettina Goldberg, Historikerin an der Uni Flensburg, die außerdem mit ihrem Vortrag „Kleiner Kuhberg 25 - Feuergang 2; die Verfolgung und Deportation der schleswig-holsteinischen Juden im Spiegel der Geschichte zweier Häuser“ in der Nikolaikirche und der Präsentation ihres neuen Buches „Juden in Flensburg“ im Flensburger Rathaus einen herausragenden Beitrag zum Begleitprogramm gegeben hat.

Spannend war auch die Informationsveranstaltung „Jüdisches Leben in Flensburg - Heute“ im Café 50 Plus mit Vertreterinnen und Vertretern der im Jahr 2005 neu gegründeten jüdischen Gemeinde.

Das Programmkino 51 Stufen im Deutschen Haus begleitete die Ausstellung mit einer kleinen Filmreihe und zeigte im November in ihrem Abendprogramm die Filme „Der Pianist“ (Kinofilm von 2002, Regie Roman Polanski), „Ghetto“ (Kinofilm von 2006, Regie Andrius Juzenas) und „Jakob der Lügner“ (Kinofilm von 1974, Regie Frank Beyer).

Höhepunkt der Veranstaltungsreihe war zweifellos am Volkstrauertag in der Nikolaikirche im Rahmen der Ausstellung das Konzert mit Esther Bejarano und der Gruppe Coincidence. (Edna Bejarano musste leider ihre Teilnahme an dem Konzert wegen Krankheit absagen). Die über hundert Zuhörer waren tief beeindruckt von der einmaligen Aussagekraft der Gruppe und ihrer Botschaft „Mir lejbn ejbig“.

Den Abschluss der Veranstaltungsreihe bildete im DGB-Haus in der Roten Straße der Vortrag „Zwangsarbeitende in Schleswig-Holstein 1940 bis 1945“ von Prof. Dr. Uwe Dankert, Historiker an der Uni Flensburg.

Der Trägerkreis zeigt sich sehr zufrieden mit dem Verlauf und der Resonanz der Veranstaltungsreihe. Erste Gedanken für das Thema der Novemberreihe 2008 gibt es bereits: Die Pogromnacht 9. November 1938 – Vor 70 Jahren.

Juden in Flensburg

Nach dem Krieg neigten die Flensburger dazu, ihr lokales Problem mit den Juden während der Nazizeit klein zu reden.

„Hier bei uns war es ja nicht so schlimm,“ oder „Es gab ja nie die großen Probleme zwischen Juden und Deutschen in Flensburg“, sind Aussagen die man oft gehört hat und auch heute noch hört.

- Das stimmt nicht, sagt Bettina Goldberg, die gerade ihr Buch „Juden in Flensburg“ veröffentlicht hat. Das Buch basiert auf ihrer eigenen und Bernd Philipsens umfassender Forschung und es zeigt, daß es mehr war als nur das Verdrängen von Tatsachen, das die Flensburger prägte.

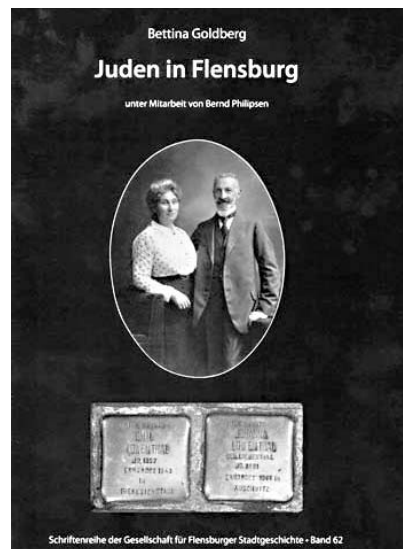
- Flensburg war keine besonders tolerante Stadt. Die Juden sind hier genauso übel behandelt worden wie an anderen Orten, sagt Bettina Goldberg, die selbst jüdischer Herkunft ist.

Der Antisemitismus war nicht erst Hitlers Erfindung. Er war schon sehr verbreitet während der Zeit der Weimarer Republik, auch in Flensburg. Eine gängige Redewendung war „Als ob wir nicht schon genug hätten, mit der Frechheit der Dänen, jetzt sind es auch noch die Juden“.

Erst spät kamen die Juden nach Flensburg. Bis Mitte des 19. Jahrhunderts durften sie gerne in die Stadt kommen um Handel zu betreiben, aber sie durften nicht sesshaft werden. Dies geschah erst mit der bürgerlichen Gleichstellung 1854. Während der Kaiserzeit erreichte die Zahl der Juden seinen Höhepunkt mit etwas über 100 Personen.

Die meisten von Ihnen praktizierten nicht den jüdischen Glauben und wurden deshalb von den religiösen Juden nicht als Juden anerkannt. Die religiösen Juden, hielten ihre Versammlungen bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts im Nordischen Hof ab und als das Hotel von der dänischen Minderheit gekauft und zum „Flensborg Hus“ wurde, hielt die jüdische Gemeinde weiterhin noch Gottesdienste dort ab. Dies blieb so bis zum Jahr 1938. Heute gibt es wieder eine jüdische Gemeinde in Flensburg. Sie hat von Sydslesvigsk Forening gemietete Räumlichkeiten in der Toosbøystraße.

Bei der Wahl im Juli 1932 bekam die NSDAP in Flensburg 47 % der Stim-



men. Als 1939 der Krieg begann, hatten fast alle 39 Glaubensjuden, die zuvor in der Stadt gelebt haben, die Stadt verlassen. Sie waren entweder in größere Städte mit einem größeren Anteil Juden gezogen um dort Hilfe zu suchen oder um in der Nähe eines Konsulats zu sein, von dem sie sich eine Ausreisegenehmigung erhofften, oder sie hatten das Reich schon verlassen. Die Juden in so genannten „Mischehen“ kamen immer mehr unter Druck. Bis 1945 wurden immer noch Juden, die mit einem „deutschen“ Ehepartner lebten deportiert.

Nach dem Krieg begann dann die so genannte „Zweite Schuld der Deutschen“. Die öffentliche Hand versuchte bei den Entschädigungszahlungen für die Juden, die oft immer noch schikaniert wurden, zu sparen. In Flensburg war ein Dr. Töppler zuständig für die Gutachten, die als Grundlage für Auszahlungen notwendig waren. Er war ein alter Nazi. Es empörte niemanden, dass er in einer seiner Gutachten erklärte, die Juden wären ja bekannt für „Ihren Hang zu Depressionen“ und ähnliches.

- Bei der Arbeit an meinem Buch, war dies der Punkt, der mich emotional am meisten berührte, sagt Bettina Goldberg.

Sie stellt fest, dass Flensburgs Geschichte erst in den 1990'er Jahren von neutralen Historikern erforscht wurde. Der Entschluß des Stadtrates von 1998, eine Dokumentations- und Gedenkstätte für die Opfer des Naziregimes zu errichten, wurde nie in die Tat umgesetzt.

Jetzt haben wir ein neues Jahrtausend erreicht, und leider ist das neue Buch von Bettina Goldberg das erste und einzige seiner Art in Schleswig Holstein! Inzwischen hat die Stadt wie-

der einen jüdischen Bevölkerungsteil durch Flüchtlinge aus dem Osten. Dieser Teil der Geschichte ist auch im Buch beschrieben.

Das Buch „Juden in Flensburg“ von Dr. Bettina Goldberg wurde herausgegeben von der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte und ist im Buchhandel für 38,-Euro erhältlich. (ISBN 3-925856-53-6; 184 S.; zahlr. Illustr.)

Gedenkkreuz für ein Opfer des Nazi-Terrors in Moorkaten

Wie in jedem Jahr hatte auch zum Volkstrauertag 2006 der Trägerverein KZ Gedenkstätte Kaltenkirchen zu einer Gedenkwanderung von der Gedenkstätte Springhirsch zur Gräberstätte für sowjetische Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter in Moorkaten aufgerufen. Diesmal trugen die Teilnehmer an dem über drei Kilometer durch Bundeswehrübungsgebiete führenden Weg ein Holzkreuz mit, das für den am 9. September 1941 von einem Hinrichtungskommando erschossenen Stabsunteroffizier Fred Göttner aufgestellt werden sollte. Kaltenkirchens Bürgermeister Stefan Sünwoldt und Pastor Martin Götz-Schürmann gruben das Kreuz und die Hinweistafel ein, die am Rande einer ehemaligen Kiesgrube zu finden ist.

Der Historiker Dr. Gerhard Hoch, der im November 2006 in Berlin für seine Arbeiten zur Erforschung der NS-Zeit mit dem Bürgerpreis für sein Lebenswerk ausgezeichnet wurde, schilderte den damaligen Vorgang, von dem er durch Aussagen von Zeugen erfahren hatte. Aus nichtigem Anlass, wegen einer Schreibmaschine, die er nach der Bombennacht an sich genommen hatte, wurde der junge Soldat von einem Kriegsgericht zum Tode durch Erschießen verurteilt. „Die Schützen damals gehorchten. Wer sich weigerte oder drückte, riskierte allenfalls Ansehensverlust und zukünftig als ‚Weichei‘ zu gelten, mehr nicht“, sagte Hoch. „Unser eigentlich gesundes Streben nach Anerkennung, Beachtung und Wertschätzung darf uns nicht blind machen für inhumane, menschenverachtende Hintergründe, denen anzupassen, wir uns hüten sollten“, mahnte der Bürgerpreisträger.

Das Holzkreuz und die Hinweistafel sind aus festem Eichenholz. Gestaltet wurde beides von Jürgen Fock.

Nordkonferenz 2007

Antifaschistischer und friedenspolitischer Ratschlag der VVN-BdA im Norden

Endlich ist es wieder so weit! Das Programm zur Nordkonferenz am letzten Februarwochenende (23.2. bis 25.2.2007) ist gespickt mit außergewöhnlichen Beiträgen.

Z.B. Andre Aden aus dem Kreis Unterelbe mit einem Referat und selbstgedrehten Film über die aktuelle Entwicklung der sog. „Freien Kameradschaften“ oder

Mathias Brotkorb, MdL aus Mecklenburg Vorpommern mit einem Referat über strategische und programmatische Wandlungen des Rechtsextremismus „Neofaschismus in Europa am Beispiel der NPD“.

Auch Cony Kerth unsere Sprecherin der VVN-BdA über Gegenstrategien am Beispiel der Kampagne der VVN-BdA „NPD-Verbot – jetzt!“.

Am Sonntag dann „Deutschland und der Krieg“ - über die sich international verschärfende Kriegsgefahr, die von der deutschen Politik mit zuverantworten ist, und Aktivitäten der Friedensbewegung. Bernd Meimberg aus S-H und Mitarbeiter im Bundesausschuss Friedensratschlag Kassel u. Koordinator der Bundesneofakommission der VVN-BdA.

Nicht zu vergessen der Austausch

über die Entwicklung des Neofaschismus und Konservatismus in den Nord-Bundesländern.

Die Nordkonferenz findet seit vielen Jahren statt. Kameradinnen und Kameraden und zahlreiche Gäste aus Schleswig-Holstein, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Stade bzw. Krs. Unterelbe treffen sich hier, um sich über die Entwicklung in ihren Bundesländern auszutauschen, Verabredungen zu treffen über evtl. gemeinsame Aktivitäten und einmal gemeinsam schöne Stunden mit Freundinnen und Freunden aus anderen Bundesländern zu genießen.

Vorbereitet wird die Konferenz von der Neofaschismuskommission Küste. In Ihr arbeiten KameradInnen und Freunde aus den o.a. Bundesländern zum Thema Neofaschismus in Norddeutschland.

Die Kommission hat die Homepage „Kueste.VVN-BdA“ als gemeinsames Projekt der Bundesländer entwickelt mit Zustimmung der Landesvorstände. Die Besucheranzahl auf der Homepage ist weiterhin sehr hoch und sollte noch mehr als bisher genutzt werden. Ziel ist es mit der Homepage der VVN-BdA und der Bewegung im Norden eine professionell betreute Homepage zur Verfügung zu stellen, die die Entwicklung des Neofaschismus dokumentiert. Sie soll allerdings auch die Aktivitäten der VVN-BdA einem breiten Publikum eröffnen. Wer die Homepage sich einmal anschaut, wird feststellen, dass auch die für die VVN-

BdA relevanten Themen wie Geschichtsaufarbeitung, Frieden, Gedenkstätten usw. ihren Platz haben.

Solch eine Homepage ersetzt nicht die Arbeit vor Ort, sie kann aber die Arbeit sinnvoll ergänzen.

Die Nordkonferenz und die Homepage dienen auch dazu Antifaschisten für die VVN-BdA zu interessieren und evtl. Mitglieder zu werben.

Das feste Programm beginnt am 24.2.07 um 9.30 Uhr.

Die Nordkonferenz findet vom 23.2. bis 25.2. 2007 im Ferienheim der VVN-BdA in Heideruh, 21244 Buchholz/Nordheide, Ortsteil Seppensen, statt. Bahnstation Buchholz mit Abholservice.

Kosten von Freitagabend bis Sonntagmittag E. 85,- Samstagmittag bis Sonntagmittag E. 56,- nur Samstag E. 18,- Anmeldung bei Lore Meimberg Tel. 04543/7107 oder Email LoBeMeimberg@t-online.de

Da es auch Interessierte gibt, die aus Kostengründen nicht an der Nordkonferenz teilnehmen können, wäre eine Spende für diese Leute erwünscht.

Man sollte sich diese Veranstaltung nicht entgehen lassen.

Für die Neofakommission Küste – www.kueste.vvn-bda.de

Lore und Bernd Meimberg

Da es auch Interessierte gibt, die aus Kostengründen nicht an der Nordkonferenz teilnehmen können, ist eine kleine Spende für diesen Zweck gern gesehen. Anmeldung und Kontakt: LoBeMeimberg@t-online.de.

Esther Bejarano – immer eine Reise wert

Es ist ein Sonntag, der 19. November 2006. Die Zugfahrt wird lang von Kiel nach Flensburg, weil wir ab Gettorf in einen Bus steigen müssen, der uns nach Eckernförde bringt, wo es dann wieder mit dem Zug weitergeht. Wir freuen uns auf ein Konzert mit Esther und Edna Bejarano, Ich habe die Broschüre von Esther „Man nannte mich Krümel“ dabei und lese die mir bekannten Texte noch einmal. Mein junger Kamerad aus Stuttgart, der erst ein paar Monate in der Kieler Kreisorganisation mitarbeitet, ist noch nie so weit im Norden gewesen und sieht etwas skeptisch in die Landschaft. Sehr flach und trübe. Ganz im Gegen-

satz zu dem netten Empfang in Flensburg. Vor der Nikolaikirche, in der Esther Bejarano singen wird, werden wir von Anne Hecker empfangen. Essen und Trinken stärken uns und unsere Vorfriede auf das Konzert. Als Esther eintrifft, müssen wir erfahren, dass Edna nicht auftreten kann, weil sie mit hohem Fieber im Bett liegt.

Esther vereinbart, dass sie dann eben auch lesen wird, um das Programm zu gestalten und zu füllen.

Wir gehen in die Kirche, die sich allmählich füllt. Welch guter Rahmen für die Ausstellung „Oneg Schabbat - Das Untergrundarchiv des Warschauer Ghettos“, die sich an den Seiten des Kirchenraums platziert. Wir sind sehr beeindruckt. Das Buch von Dr. Bettina Goldstein „Juden in Flensburg“ liegt auf dem Büchertisch.

Ich fühle mich in einer Kirche immer irgendwie, als gehöre ich da nicht hin, und es ist mir nie richtig wohl.

Aber dann fängt Esther an zu singen. So voller Kraft, dass auch ich wieder durchatmen kann. Es sind Lieder für das Leben, die sie singt. Sie singt, kommentiert die Texte, lässt uns trauern, hoffen und stark werden. Ich warte auf ihre Lesung. Aber sie singt und singt sich in aller Herzen. Mit ihrer immer noch kräftigen Stimme auch mein Lieblingslied: Mir leben ejbig! Mir sajnen do! - Wir leben trotzdem! Wir sind da! Das Lied, das 1943 im Ghetto Wilna entstand. „Wir werden leben und erleben, schlechte Zeiten überleben.“

Wir können das zwar nicht mit unserem Leben heute und hier gleichsetzen, das wäre anmaßend, aber wir können aus dem Lied Kraft schöpfen und das brauchen wir ja auch. Tagelang ging mir das Lied, das Konzert und Flensburg nicht aus dem Kopf. Und nicht nur mir.

C.P.

Lübeck unterm Hakenkreuz

Lebhaftes Resonanz in der Hansestadt auf ein wichtiges Buch

Schon die Präsentation ihres Buches „Lübeck unterm Hakenkreuz“, zu der auf Einladung der VVN-Bund der Antifaschisten fast hundert Interessierte, darunter viele junge Menschen ins Gewerkschaftshaus kamen, bestätigten die Autoren Marianne und Günther Wilke in der Annahme, dass ihre Arbeit über Verfolgung und Widerstand zwischen 1933 und 45 auf lebhaftes öffentliches Interesse in der Lübecker Öffentlichkeit stoßen würde. Der Lübecker Buchhandel registrierte insbesondere im Weihnachtsgeschäft eine rege Nachfrage.



Erstmals wird in dem Buch von verschiedenen Seiten dargestellt, was sich in der Zeit des Naziterrors in Lübeck ereignet hat. Gewürdigt werden der Widerstand von Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschaftern und Pastoren. „Die Hansestadt Lübeck verfügt wie keine andere Stadt Schleswig-Holsteins über eine antifaschistische Tradition, die weit vor der Machtübertragung an den Nationalsozialismus begründet wurde“, schreiben die Autoren in ihrem Vorwort. Sie verweisen auf Persönlichkeiten wie die Sozialdemokraten Julius Leber und Fritz Solnitz, die Familie Bringmann, deren acht Söhne zum kommunistischen Widerstand gehörten, die katholischen Geistlichen Hermann Lange, Eduard Müller und Johannes Prassek, den



evangelischen Pastor Karl Friedrich Stellbrink, auf Thomas und Heinrich Mann, auf Erich Mühsam und viele andere. In einem besonderen Kapitel wird das mutige Handeln der Hafentarbeiter und Seeleute beschrieben, die antifaschistische Flugblätter, Schriften und Bücher aus Skandinavien an Land schmuggelten und verteilten. „Ihr Buch war überfällig. Es kam aber zur richtigen Zeit“, wurde den Autoren von einer Buchhändlerin bestätigt. Eine Schriftstellerin empfand die Publikation als wohlthuend in einer Zeit des Hitlerkults und der üblen Geschichtsfälschung, was die Zeit des NS-Regimes betrifft. Marianne und Günther Wilke haben darüber hinaus das Leiden der jüdischen Lübecker Bevölkerung, aber auch der Sinti und Roma sowie der Bibelforscher nachge-

zeichnet. Erstmals wurde eine umfassende Totenliste der jüdischen Opfer veröffentlicht. Erweitert wurde darüber hinaus die Liste der ermordeten politischen Gefangenen, die schon einmal in einem „Alternativen Stadtführer zu Stätten der Lübecker Arbeiterbewegung, des Widerstandes und der nationalsozialistischen Verfolgung“ erschienen war. Beiträge der Historiker Rolf Schwarz und Harald Jenner über die nationalsozialistischen Euthanasieverbrechen in der Anstalt Strecknitz, Interviews mit Zeitzeugen und ein Nachruf von Jürgen Busack auf den Antifaschisten Hermann Reimann runden dieses Buch ab, das keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, sondern auch als Anregung zu verstehen ist, „weiter zu forschen und unentdeck-

te Quellen zu erschließen, auch wenn eine – die Erinnerung von Zeitzeugen – leider allmählich versiegt“, wie die Autoren in ihrem Vorwort betonen.

Das von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten in Schleswig-Holstein herausgegebene Buch kostet 9.80 Euro und kann im Buchhandel, bei der VVN-BdA Schleswig-Holstein, Lindenstraße 9, 24 118, Kiel oder bei den Autoren Marianne und Günther Wilke, Hasenkamp 8, 22880 Wedel, Tel. 04103-3486, Fax 04103-180200,

E-mail: mariannewilke,@web.de bestellt werden. ISBN-Nr. 3-00-019753-2 bzw. ISBN 978-3-00 -019753-6.

Die nächste Lesung findet am Samstag, den 20. Januar 2007, von 10-11.30 Uhr im Buddenbrook-Haus, Mengstraße 4, in Lübeck statt.

DGB-Chef für Verbot der NPD

Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert ein breites Bündnis gegen rechts. Notwendig sei zudem „eindeutig“ ein Verbotsverfahren gegen die NPD, auch wenn es juristisch schwer durchsetzbar sei, sagte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer der Osnabrücker Zeitung. Notfalls müssten die V-Leute des Verfassungsschutzes aus der rechtsextremistischen Partei abgezogen werden. Deutschland brauche ein eindeutiges Signal, aber auch ein flächendeckendes gesellschaftliches Bündnis, das sich Tag für Tag der braunen Ideologie in den Weg stelle, sagte Sommer. Daran arbeite er derzeit und hoffe, eine solche Bürgerbewegung baldigst auf die Beine stellen zu können. (Aus „Junge Welt“, 28.11.06)



Jeder Stein ein Schicksal – weitere Stolpersteine in Schleswig-Holstein

Vor vielen Häusern in deutschen Städten fallen sie uns ins Auge, die zehn mal zehn großen Messingplatten, nicht größer als ein Pflasterstein.

Unter der Überschrift: „HIER WOHNTE“, sind die Lebensdaten von Opfern des Nationalsozialismus geprägt.

Der Kölner Künstler Gunter Demnig nennt seine Kunstprojekte „Stolpersteine“. Er will erreichen, dass die Menschen über die verdrängte Vergangenheit, über das Grauen, der Nationalsozialisten nachdenken und reden.

Vorübergehende Passanten sollen in ihrem Alltag über die Schicksale der ehemaligen Bewohner, vielleicht sogar ihrer ehemaligen Nachbarn „stolpern“.

Der Antrag betreff „Projekt Stolpersteine in Erinnerung an jüdische Bürgerinnen und Bürger wurde im Oktober 2004 in der Kieler Ratsversammlung gestellt und beschlossen.

Kiel ist die 186. Stadt, in der Künstler am 11. Oktober 2006 die ersten 15 von 172 Steine verlegt, die an die Schicksale deportierter Juden erinnern sollen.

In dem Grußwort der Oberbürgermeisterin Angelika Volquart heißt es: ... Die Landeshauptstadt Kiel ist sich der Verantwortung gegenüber den jüdischen Opfern des Nationalsozialismus und deren Angehörigen bewusst ...

Das ist gut und richtig. Aber auch andere Opfergruppen, z.B. die, die im Kampf gegen den Faschismus umgebracht wurden, sollten auf diese Weise in Erinnerung wachgehalten werden. Sowie die Roma und Sinti, die Homosexuellen, die Zeugen Jehovas, die Euthanasieopfer und die vielen anderen. Gunter Demnig selbst machte das noch einmal deutlich, dass ihn an eine Beschränkung auf eine bestimmte

„Opfergruppe“ keineswegs gelegen ist.

In der Projektgruppe „Stolpersteine“, die sich im Mai 2005 in Kiel gebildet hat und die von der ver.di - Jugendsekretärin Susanne Schöttke organisiert wird, kümmern sich ver.di, AKENS, der Runde Tisch gegen Rassismus und Faschismus und die VVN-BdA um das Gedenken ermordeter Regimegegner und anderer Verfolgter. Es ist angestrebt, Schulklassen und interessierte Menschen in diese Arbeit mit einzubeziehen. Unser Anliegen ist es, dass sich auch die Stadt ausdrücklich zu ihrer Verantwortung aller Opfer des Hitlerfaschismus bekennt. Sollten die Widerstände gegen ein solches Bekenntnis anhalten, wird sich der Arbeitskreis unabhängig von der Stadt mit dem Künstler in Verbindung setzen.

In anderen Orten in Schleswig-Holstein geht es.

Aus Nordfriesland bekam ich die Information, dass seit dem 10. Oktober 2006 drei weitere Steine in Heide an die Vernichtungspolitik des Nationalsozialismus erinnern: Erich Böhlig, Vorsitzender der 1920 gegründeten KPD in Heide, der noch im März 1933 für das Heider Stadtparlament kandidierte. Sein Mandat konnte er nicht antreten, denn am 11. April wurde Erich Böhlig verhaftet und über ein Jahr in den Konzentrationslagern Schleswig und Glücksstadt inhaftiert. Nach seiner Freilassung wurde der Schriftsetzer und Korrektor des „Heider Anzeiger“ nicht mehr weiter beschäftigt. 1944 kam er ins KZ Neuengamme und überlebte den Untergang der „Cap Arcona“ nicht.

Ebenso Opfer der Sozialdemokrat Emil Schmekel, der in Bergen-Belsen ums Leben kam sowie Lilly Wolff, die wegen ihrer jüdischen Herkunft in Riga ermordet wurde.

Am 10. Oktober 2006 sind in Neumünster 11 Steine hinzugekommen und im April 2007 weitere geplant. So wird es einen Stein für Rudolf Timm geben, KPD-Vorsitzender in Neumünster. Er wurde 1934 im Stadtgefängnis in Neumünster ermordet.

Aus der Chronik von Gunter Demnig für Schleswig-Holstein

August 2004: Bad Schwartau, Kappeln, Wyk auf Föhr, Flensburg, Schleswig, Friedrichstadt.

Oktober 2006: Reinbek, Itzehoe, Neumünster und Kiel.

Planung April 2007: Neumünster und Ahrensburg, siehe www.stolpersteine.com

Christel Pieper

Gedenkstätte Ahrensböök ausgezeichnet

Am 3. November 2006 wurde die Arbeit des Trägervereins Gedenkstätte Ahrensböök ausgezeichnet. Aus fast 400 Vorschlägen, die beim Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ eingingen, wurde das Engagement des Trägervereins als „besonders vorbildlich“ anerkannt. Unser Kamerad Hans-Eberhard Gaus konnte bei einer feierlichen Preisverleihung im Lübecker Rathaus 3.000 entgegennehmen.

„Wie selten anderswo lassen sich in Ahrensböök Anfangsphase und Ende des Nationalsozialismus beispielhaft dokumentieren“, schreibt der Trägerverein in seinem Flyer. „Im Herbst 1933 wurde im Direktorenhaus einer ehemaligen Zuckerfabrik ein frühes, ein „wildes“ Konzentrationslager eingerichtet. Zwölf Jahre später, im April 1945, führte die SS einen Todesmarsch von Häftlingen aus den Konzentrationslagern Mittelbau-Dora (Harz) und Auschwitz-Fürstengrube nach Ostholstein und durch die Gemeinde Ahrensböök.“

Der Verein schuf nicht nur eine Dokumentations- und Ausstellungsstätte, sondern setzte sich das Ziel, eine lebendige Bildungs- und Begegnungsstätte zu sein. So erarbeiteten z.B. Jugendliche aus Tschechien, Polen, Weißrussland und Deutschland zusammen mit dem Bildhauer Wolf Leo 14 Stelen, die an den Todesmarsch der etwa 1.000 Häftlinge erinnern sollen. Im Rahmen eines Sommercamps zur Erforschung der NS-Geschichte entstanden diese Stelen hier in Ahrensböök. Die Tonfiguren, die in eine Betonstele eingegossen wurden, stehen in Lübeck, Bad Schwartau, Ahrensböök und Neustadt.

Auch das alte verlassene Haus, in dem die Arbeiten entstanden, hat eine Geschichte, die eng mit dem Todesmarsch verbunden ist. „Dieses Haus ist ein Gebäude eines früheren Konzentrationslagers“, erzählte Pastor Schwer, „das einzige in Schleswig-Holstein, das es noch gibt.“ Mit der Aufstellung der 14 Stelen sowie zweier Tafeln endete damals das „Wegzeichenprojekt“ der Ahrensbööcker „Gruppe 33“.

Wir beglückwünschen den Trägerverein zur Auszeichnung und hoffen auf weitere Erfolge in ihrer so wichtigen Arbeit.

Marianne

Ignorieren? Intervenieren? Sich engagieren!

13.bundesweiter und internationaler Friedensratschlag 2006 in Kassel.

Im Nahen Osten findet ein unerklärter "regionaler Weltkrieg" statt um geopolitische und wirtschaftliche Macht, um Rohstoffe Öl, Gas, Wasser, um ideologische Vorherrschaft – um das Machtmonopol. Ein Krieg gegen den Iran könnte einen Weltkrieg auslösen. Mit diesen Sätzen sprach der iranische Publizist Bahman Nirumand das aus, was mittlerweile die Friedensbewegung beschäftigt.

Prof. Dr. Norman Paech, für die WASG im Bundestag, sprach sich wiederholt für die „Hierarchie des Rechts“ aus. Mit dem Ruf „responsibility to protect – Verantwortung für Schutz“, versuchen Politiker, Kirchenvertreter usw. militärische Interventionen als legitimes Mittel zur Durchsetzung von Demokratie und Menschenrechte hoffähig zu machen.

Prof. Dr. Ernst Voit aus Dresden zitierte z.B. Kardinal Lehmann mit dem Begriff „Verteidigungskrieg für Menschenrechte“, und Roman Herzog mit der Bemerkung: „Nothilfe zu Gunsten Dritter“. Der Begriff vom „gerechtfertigten Krieg“ macht bei zahlreichen Intellektuellen die Runde. Sie meinen damit, dass die Charta der Vereinten Nationen Gewalt bzw. Krieg als Mittel zur Durchsetzung dieser Ziele gestatten sollte. Das bedeutet Macht vor Recht und will den Kern der UN-Charta nämlich den Gewaltverzicht in den internationalen Beziehungen verwässern. Kleinere Mächte wären dann wieder Spielball der Weltpolitik. Gerade sie pochen auf das Völkerrecht als vertraglich gesetztes Recht. Es ist für sie oftmals der einzige Schutz.

Tenor des Ratschlags war:

„Schluss mit den Auslandseinsätzen der Bundeswehr“ – „Spart endlich an der Rüstung“.

Der von der Bundesregierung durchgesetzte Einsatz der Bundesmarine vor der libanesischen Küste zeigt, dass Deutschland jetzt auch im Nahen Osten militärisch mitmischen möchte. Die Bereitschaft auch in Afghanistan über den Auftrag hinaus an dem Krieg gegen die Taliban in forderster Front mitzukämpfen zeigt, dass die Bundesregierung jedes Maß an Zurückhaltung aufgegeben hat. Es ist zu erwarten, dass die Bundesregierung während der deutschen EU-Präsident-

schaft, eine weitere Aufrüstung und Militarisierung Deutschlands und der EU betreiben wird.

Beeindruckend war das Plädoyer von Prof. Dr. Rolf Verleger von der jüdischen Gemeinde in Lübeck, für eine Umkehr zu einem friedlichen Nahen Osten. Eine grundsätzliche Aussage im jüdischen Glauben ist:

„was Dir verhasst ist, tue einem anderen nicht an“.



Diesen Glaubensgrundsatz sieht er in dem kriegerischen Vorgehen der israelischen Regierung gegen Palästina und gegen den Libanon verletzt.

Die Erklärung des Bundesausschusses Friedensratschlag „Friedensstrategien in einer unfriedlichen Welt“, die am Ende des Ratschlags veröffentlicht wurde, umreißt friedenspolitische Schwerpunkte, Aktionsvorschläge und Termine 2007, die hier stichwortartig wiedergegeben werden:

Gegen die Militarisierung der EU und der Kampf gegen die EU-Verfassung, die 2007 durchgesetzt werden soll.

Alle Bundeswehreinsätze im Ausland müssen beendet werden.

Das Bundeswehr-Weißbuch muss als Ausdruck einer expansiven Außenpolitik thematisiert und zurückgewiesen werden.

Die Grundsätze des Völkerrechts, wie sie in der UNO-Charta verankert sind, müssen propagiert, Angriffsdoktrinen zurückgewiesen werden.

Mit dem Beginn der deutschen EU-Ratspräsidentschaft beginnen dezentrale Aktivitäten der Friedensbewegung gegen die EU-Militarisierung.

Die „NATO-Sicherheitskonferenz“ am 9./10.Februar beginnt mit einer Demonstration In München.

Treffen der EU-Verteidigungsminister am 1. u. 2. März 07 in Wiesbaden.

Die Ostermärsche am 6. bis 9. April 07 sind einer der wichtigsten Aktionen der Friedensbewegung.

1. Mai Kundgebungen des DGB: „Spart endlich an der Rüstung“.

Der 8.Mai als Tag der Befreiung von Krieg und Faschismus.

Gegen den G 8 – Gipfel in Heiligendamm sind zahlreiche Aktivitäten „auch der Friedensbewegung“ vorgesehen.

Der Hiroshimataag am 6.8.07 sollte u.a. die Einsatzstrategien von Atomwaffen thematisieren.

Der 14. Friedensratschlag in Kassel ist wieder am 1./2.12.2007 in Kassel!

Der Friedensratschlag war wieder sehr gut besucht mit fast 400 Menschen aus ca. 140 Städten und Gemeinden. Das zeigt, dass es in Deutschland eine Friedensbewegung gibt, die für den Frieden und gegen Kriegseinsätze kämpft. Nach wie vor zeigen die Umfragen, dass die überwiegende Mehrzahl der deutschen und europäischen Bevölkerung sich gegen Kriegseinsätze aussprechen z.B. in Griechenland 98%, in Deutschland 78% gegen den Afghanistaneinsatz.

Unterschriftenlisten für die Aktion „Spart endlich an der Rüstung“ oder der volle Wortlaut der Erklärung „Friedensstrategien in einer unfriedlichen Welt“ können bei uns telefonisch 04543/7107 oder per Email LoBeMeimberg@t-online.de angefordert werden.

Lore und Bernd Meimberg

Anregungen

Einen Film zu zeigen, ist oft eine gute Möglichkeit, unsere VVN-Arbeit öffentlich vorzustellen und relativ leicht zu beschaffen. Im Internet gibt es mehrere Adressen, wo man Filme, videos oder Dia-Serien einsehen und bestellen kann, z.B. unter www.filmportal.de oder www.lpb.bwue.de

Bitte schildert uns eure Erfahrungen, damit sie allen zugute kommen.

Die VVN-BdA-Bundesgeschäftsstelle bietet an : • Transparente „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen“ (45 Euro) • Aufkleber (siehe oben) 100 Stück 2,50 Euro • VN-Fahnen (18 Euro) • Kataloge zur Neofaschismus-Ausstellung 2,50 Euro, Unterrichtsmaterialien 5,00 Euro

Euthanasie – kein schöner Tod!

Eine Veranstaltung gegen das Vergessen der Nazi-Morde

Am 22. November kam Antje Kosemund zu uns nach Lübeck, um uns von ihren Erfahrungen mit dem Umgang mit „lebensunwertem Leben“ in der Zeit des Dritten Reichs zu erzählen. Es war ein interessanter Abend mit Filmvorführung und einem sehr lebendigen und engagierten Vortrag. Leider waren wir nur 17 Personen – ganz anders als bei unseren vorhergehenden Veranstaltungen. Wer nicht kam, hat Folgendes verpasst:

Wie ist es, eine Schwester zu verlieren? Und wie ist es, dann Jahrzehnte später herauszufinden, dass man über die Todesursache belogen wurde, dass ihr Tod von den Nazis gewollt war, und dass sie jetzt noch leben könnte?



Wie fühlt es sich an, wenn man dann auch noch erfährt, dass Teile ihres

Gehirns zu wissenschaftlichen Zwecken entnommen wurden, und noch immer aufbewahrt werden? Und wie viele Briefe müssen geschrieben werden, bis Irma endlich in Würde beigesetzt ist?

Antje Kosemund kann davon viel erzählen.

Ihre Schwester Irma Sperling wurde 1930 als behindertes Kind in Hamburg geboren und lebte seit ihrem vierten Lebensjahr in den Alsterdorfer

Anstalten. Von dort wurde sie 1943 nach Wien in die „Kinderfachabteilung -Am Spiegelgrund“ des Psychia-

trischen Krankenhauses deportiert und dort ein Jahr später kurz vor ihrem 14. Geburtstag ermordet. Als Todesursache wurde „Grippe, Lungenentzündung“, angegeben. Tatsächlich wurden an den Opfern in den Monaten vor ihrem Tod pseudowissenschaftliche Untersuchungen vorgenommen, sie wurden durch Hunger geschwächt und durch ständige Medikamentengabe (Luminal) vergiftet.

Aber die Geschichte, so unfassbar sie ist, hört hier noch nicht auf. Antje Kosemund hat noch mehr zu erzählen.

Z.B. wie sie 1994 im Fernsehen von der „Gehirnkammer“ im Keller der Wiener Pathologie erfuhr, in der die Gehirne mehrerer hundert Euthanasieopfer, darunter auch das ihrer Schwester, aufbewahrt wurden. Und dass sie lange kämpften musste, bis die Überreste von 10 Alsterdorfer Opfern in Hamburg auf dem Geschwister-Scholl-Ehrenfeld beigesetzt wurden. Schließlich erreichte sie sogar die Auflösung der „Gehirnkammer“ und die Beisetzung der verbliebenen Überreste weiterer ca. 700 Opfer.

Antje erzählt aber auch von Heinrich Gross und Wilhelm Roggenthien.

Gross war ab 1940 als Psychiater „Am Spiegelgrund“ maßgeblich an der Ermordung der über 700 behinderten Kinder und Jugendlichen beteiligt. Nach dem Krieg machte er Karriere und war bis 1978 der meistbeschäftigte und bestverdienende Gerichtspsychiater Österreichs.

Wilhelm Roggenthien hingegen war selbst Patient der Alsterdorfer Anstalten. Er riss von dort aus, um seine nach Wien deportierte Freundin Wally zurück zu holen. Seine Hartnäckigkeit machte sich bezahlt und rettete Wally vor dem sicheren Tod!

Die Euthanasie der Nazis beruhte auf dem „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“. Es ist kaum zu glauben, dass dieses Gesetz immer noch nicht abgeschafft, sondern lediglich außer Kraft gesetzt ist. D.h. es kann ohne viel Aufwand auch wieder in Kraft gesetzt werden. Auch hier hat Antje die Kampagne für eine sofortige Annullierung dieses Gesetzes mit organisiert.

Uns bleibt nach diesem bewegenden Vortrag vor allem der Eindruck einer starken Frau, die nicht aufgibt, bevor sie ihre Ziele erreicht hat.

Lena Sehmisch und Kerstin Schöllermann, VVN-BdA Lübeck/Lauenburg

1. Antifaschistischer Stadtrundgang in Wedel

VVN-BdA Ortsgruppe vermittelte Einblick in ein düsteres Kapitel der Stadtgeschichte

Der 9. November 2006 verlief in Wedel anders als in den Vorjahren. Zwar fand wie immer zum Jahrestag der Reichspogromnacht eine Mahnkundgebung am Gedenkstein für die Opfer des KZ-Außenlagers Neuengamme statt, das im Oktober 1944 in Wedel errichtet wurde. Doch diesmal wurde das Gedenken in einen Antifaschistischen Stadtrundgang eingebunden, den eine Arbeitsgruppe der Wedeler VVN vorbereitet hatte.

Auf den drei Stationen des Mahngangs berichtete der Kommunist Ewald Stiefvater aus seiner Kindheit und Jugendzeit, die er in der Straße Voßhagen verbracht hatte, die als rote Hochburg galt. Namen von Kommunisten und Sozialdemokraten wurden genannt, die Widerstand gegen die Nazis geleistet hatten und dafür ins KZ gebracht wurden. Ihre antifaschistische Überzeugung bewahrten sich die Einwohner trotz des Naziterrors bis zum Tag der Befreiung. So schilderte Ewald Stiefvater die zahlreichen Solidaritätsbeweise für die Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter, die durch die Straße zur Arbeit geführt wurden.

Beate Wositzki fügte an dem zweiten Stopp des Rundgangs am Beispiel von parteilosen Antifaschisten aus dem Voßhagen die Verfolgung nach dem so genannten „Heimtücke-gesetz“, mit dem die Nazis jeglichen Widerstand der Bevölkerung brechen wollten. Wer denunziert wurde, weil er den Hitlergruß nicht erwidert hatte, politische Witze erzählte oder sich sonst abfällig über die Zustände unter der Naziherrschaft geäußert hatte, machte Bekanntschaft mit der Gestapo, wurde zu Geld- oder Haftstrafen verurteilt oder landete gar im KZ.

Horst Metzger, Wedels VVN-BdA-Ortsvorsitzender, erinnerte an der dritten Station an die Lager von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen. Die genaue Zahl der hier untergebrachten Menschen ist bis heute nicht bekannt. Es dürften aber mehr als Tausend gewesen sein, sagte Horst Metzger. Anschaulich schilderte er die

katastrophalen Lebensbedingungen dieser Menschen. Für die in Wedel ansässigen Firmen sei der Einsatz von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen ein lohnendes Geschäft gewesen. „Die Menschen mussten bei schlechter Ernährung bis zum Umfallen schuften. Das störte die Firmen wenig, bekamen sie doch immer wieder neues `Menschenmaterial`,“ sagte Horst Metzger.

Am Gedenkstein für die Opfer des KZ-Außenlagers in der Rissener Straße schließlich betonte Günther Wilke für VVN und Arbeitskreis der Stadt Wedel gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus nicht zuletzt auch aus aktuellen Anlässen die Notwendigkeit, die Erinnerung an Verfolgung und Widerstand wach zu halten. Die VVN-BdA will die Antifaschistischen Stadtrundgänge fortsetzen und dokumentieren. *G.W.*

Gedenken an die Befreiung der NS-Lager

Auszug einer Rede des Buchenwaldhäftlings und Schriftstellers Jorge Semprun

„(...) Im Jahre 2015 wird es keine Zeugen mehr geben: wir werden kein Zeugnis mehr geben können von den Erfahrungen in den Nazilagern. (...) Niemand wird mehr sagen können: `Ja, so war es, ich war dabei`. Und niemand wird unter irgendein Bild der Erinnerung den Satz schreiben können, den Goya unter ein Blatt seiner „Schrecken des Krieges“ gesetzt hat: „Ich habe es gesehen“.

Niemand wird mehr in seinem sensiblen Gedächtnis den Geruch aus den Verbrennungsöfen der Krematorien haben, diesen Geruch, der die Erinnerung imprägniert und vielleicht anreizt, diesen Geruch, der ohne Zweifel das ganz Spezifische, das Einzigartige der Erinnerung an die Vernichtungslager ausmacht.

(...) 2015, beim nächsten feierlichen Gedenken an die Aufdeckung und Befreiung der Nazi-Konzentrationslager, wird unser Gedächtnis der Überlebenden nicht mehr existieren, denn es wird keine Überlebenden mehr geben, die eine Weitervermittlung der eigenen Erfahrungen leisten können und die hinausginge über die notwendige, aber

unzureichende Arbeit der Historiker und Soziologen. Es wird nur noch Romanciers geben.

Nur die Schriftsteller können, wenn sie frei beschließen, sich jene Erinnerungen anzueignen, sich also das Unvorstellbare vorzustellen, wenn sie also versuchen, die unglaubliche historische Wahrheit literarisch wahrscheinlich zu machen, nur Schriftsteller könnten die lebendige und vitale Erinnerung wieder zum Leben erwecken – das von uns erlebte, die wir gestorben sein werden. (...) Der einzige Zweifel, die einzige Frage, auf die wir noch keine Antwort gefunden haben, ist folgende: Wird es eine Literatur der Vernichtungslager geben, die über die Zeugnis- oder Erinnerungsliteratur hinausgeht?

Während es also dann keinen Überlebenden von Buchenwald, oder von Dachau, oder von Mauthausen mehr geben wird, also aus jenen Konzentrationslagern, die dazu bestimmt waren, die politischen Widerstandskräfte aus ganz Europa, die den Nazismus bekämpft hatten, zu inhaftieren und zu zerstören, ist es zum anderen gut möglich, sogar wahrscheinlich, dass es Überlebende von Auschwitz oder Birkenau geben wird, den Lagern in Polen, die zur Vernichtung der Juden ganz Europas dienten.

Das jüdische Gedächtnis an die Lager wird langlebiger, wird sehr viel dauerhafter sein. Dies aus dem einfachen Grund: Weil es deportierte jüdische Kinder gab, Tausende und Zehntausende, während es keine deportierten Kinder aus dem politischen Widerstand gab. (...)

So wird vermutlich in der Erinnerung der jüdischen Kinder und Jugendlichen, die wahrscheinlich auch in zehn Jahren, 2015, noch leben werden, ein globales Bild von der Vernichtung, eine universelle Reflexion fortbestehen. Das ist möglich und auch wünschenswert: In diesem Sinne fällt eine große Verantwortung auf das jüdische Gedächtnis der Zukunft. Denn es wird zum Bewahrer und Verwalter aller Erfahrungen der Vernichtung werden: als erstes natürlich der eigenen jüdischen Erfahrung. Dann aber auch all der anderen Erfahrungen: die der Sinti und Roma, die vernichtet wurden wie die Juden, weil sie waren, was sie waren; dann die der politischen Gegner des Hitlerregimes, deutsche Kommunisten, Sozial- und Christdemokraten; schließlich die der Widerstandskämpfer aus den antifaschistischen Guerillabewegungen in ganz Europa. All diese

europäischen Erinnerungen an den Widerstand und an das Leiden werden in zehn Jahren als letzten Schutz und Zufluchtstätte nur noch die jüdische Erinnerung haben, das älteste Gedächtnis an jene Erfahrung, denn es war das jüngste Erleben vom Tod.

Eine der wirksamsten Möglichkeiten, der Zukunft eines vereinten Europas, besser gesagt, des wiedervereinten Europas einen Weg zu bahnen, besteht darin, unsere Vergangenheit miteinander zu teilen, unser Gedächtnis, unsere bislang getrennten Erinnerungen zu eintreten (...).

Aus „Jüdische Allgemeine“ Nr. 14/05

Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinschaft Schleswig-Holstein gab das Signal Online-Petition für den Frieden im Nahen Osten

Am 23. Juli 2006 hatte Rolf Verleger (Lübeck), Vorsitzender der Jüdischen Gemeinschaft

S.-H. und Mitglied im Direktorium des Zentralrates der Juden in Deutschland, in einem Brief an das Präsidium Israels Einmarsch in den Libanon als „Gewaltpolitik“ verurteilt und damit erstmals einen Streit über die Haltung zu den israelischen Militäraktionen ausgelöst.

Ende November stellte er eine „Berliner Erklärung – Schalom 5767“ vor, und appellierte an die Bundesregierung, endlich eine aktive Rolle zur friedlichen Lösung des Nahostkonflikts einzunehmen. Die israelische Kriegs- und Besatzungspolitik dürfe von Deutschland nicht länger unterstützt werden. Diese Erklärung steht als Online-Petition im Internet unter www.schalom5767.de Rolf Verleger erklärte: „Mein Ziel sind eine Million Unterschriften. Wir können damit etwas bewirken“.

Mehr als 60 jüdische Menschen aus Deutschland sind Erstunterzeichner des Aufrufs. Sie stellen sich damit gegen die offizielle jüdische Meinung und fordern auf, sich für ein unabhängiges Palästina einzusetzen, als unabdingbare Voraussetzung für Frieden und Gerechtigkeit.

Aufgrund dieses Briefes setzte ihn seine Jüdische Gemeinde Lübeck als Vorsitzenden des Landesverbandes Schleswig-Holstein ab.

Wir sollten diesen mutigen Schritt unterstützen und helfen, die angepeilte Million Unterschriften zu sammeln.

M.W.

Ist die Bundeswehr eine Friedensarmee? Auslandseinsätze in drei Kontinenten

Rund 8.800 deutsche Soldaten sind derzeit in 9 Regionen im Ausland eingesetzt. In Afghanistan beteiligen sie sich mit dem Kommando Spezialkräfte (KSK) an einem schmutzigen Krieg gegen die Taliban.

Wo sind diese Soldaten eingesetzt? Was machen sie? Was kostet es? Wem nützt es?

Wann spart man endlich an der Rüstung.

Freitag, den 9. Februar 2007 um 19.30 wahrscheinlich im DGB-Haus in Lübeck mit Lühr Henken, Hamburger Forum

Veranstalter: VVN-BdA Lübeck/Kr. Lauenburg gemeinsam mit dem Friedensplenum Lübeck .

Näheres bei Lore und Bernd Meimberg Tel. 04543/7107 Email ;LoBe-Meimberg@t-online.de

WIR KÖNNEN SIE STOPPEN Kein Nazi-Aufmarsch in Lübeck!

Am 31. März wollen Neonazis wieder durch Lübeck marschieren. Vor den drei Kirchen St.Petri, Dom und St.Marien hat der NPD-Kreisvorsitzende und Anmelder Jörn Lemke zudem Kundgebungen geplant. Als Anlass soll der 65. Jahrestag der Bombardierung Lübecks durch die britische Luftwaffe herhalten.

Das ist heuchlerisch und zynisch! Denn es war das nationalsozialistische Deutschland, welches den Krieg zum politischen Ziel erklärte und so einen Flächenbrand in Europa und der ganzen Welt auslöste.

Die NPD steht in der Tradition des deutschen Faschismus 1933 bis 1945 und gehört von daher verboten.

Ein breites gesellschaftliches Bündnis ruft zu einer Demonstration am 31.3.07 auf – Treffpunkt 10.00 Uhr auf dem Rathausmarkt.

Bitte kommt alle nach Lübeck, denn nur gemeinsam mit einigen tausend Mitstreitern wird es gelingen die Nazis aufzuhalten.

Lore u. Bernd Meimberg
VVN-BdA Lübeck/Krs.Lauenburg



Kontakt:

- ▼ Schleswig-Holstein: Marianne Wilke, Hasenkamp 8, 22880 Wedel [mariannewilke@web.de]
- ▼ Kiel: Christel Pieper, Lindenstr. 9, 24118 Kiel [vvn-bda-kiel@gmx.de]
- ▼ Flensburg: Ludwig Hecker, Schulze-Delitzsch-Str. 44, 24943 Flensburg
- ▼ Neumünster: Heiner Wadle, Looper Weg 25, 24536 Neumünster
- ▼ Ostholstein: Hans-Eberhard Gaus, Grömitzer Str. 11, 23730 Schashagen
- ▼ Norderstedt: Siegfried Nieswandt, Kastanienweg 5, 22846 Norderstedt [snieswandt@wt.net.de]
- ▼ Kreis Pinneberg: Günther Wilke, Hasenkamp 8, 22880 Wedel [guentherwilke@web.de]
- ▼ Barmstedt: Dr. Günther Thiel, Meßhorn 38, 25355 Barmstedt
- ▼ Nordfriesland: Rolf Burgard, Am Kurhaus 2, 25845 Nordstrand [vvn-bda-nf@aol.com]
- ▼ Rendsburg/Eckernförde: Hartmut Büchsel, Lusthof 24, 24376 Kappeln [Hartmut.buechsel@t-online.de]
- ▼ Elmshorn: Sonja Stein, Saarlandhof 29, 25335 Elmshorn
- ▼ Dithmarschen: Klaus Looft, Bäckergang 4, 25719 Barlt
- ▼ Itzehoe: Volker Blaschke, Küstringer Str. 7, 25524 Itzehoe [v.blaschke@web.de]
- ▼ Wedel: Horst Metzger, Fasanenweg 10, 22880 Wedel [horst.metzger@planet-interkom.de]
- ▼ Lauenburg/Lübeck: Lore Meimberg, Dorfstr. 16, 23898 Sirksfelde [lobemeimberg@t-online.de]

Neofakommission Küste
[www.kueste.vvn-bda.de]

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten e.V. ist die älteste und größte antifaschistische Organisation in Deutschland und steht für ein Leben ohne Krieg und Faschismus.

- Ich interessiere mich für die Arbeit der VVN-BdA. Name:
- Bitte schicken Sie mir Informationsmaterial.
- Ich unterstütze die Arbeit der VVN-BdA mit einer einmaligen/regelmäßigen Spende von Euro*.
- Bitte schicken Sie mir eine Spendenbescheinigung
- Ich möchte Mitglied der VVN-BdA werden.
- Adresse:
-
-



Bitte einsenden an:

VVN-Bund der Antifaschisten e.V. - LV Schleswig-Holstein

Lindenstr.9, 24118 Kiel, Telefon: 0431-569353, Fax.: 0431-735046, E-Mail: vvn-bda-kiel@gmx.de

* Gemeinnütziges Spendenkonto: VVN-Bund der Antifaschisten e.V., Norderstedter Bank EG, BLZ 200 69111, KNR 42 28 00